

## Presseinformation

10. Juli 2012

### Sitzung der NÖ Landesregierung

Die NÖ Landesregierung hat unter Vorsitz von Landeshauptmann Dr. Erwin Pröll u. a. folgende Beschlüsse gefasst:

- Aus Mitteln der Bedarfszuweisungen 2012 wurden Beihilfen für Gemeinden als Bedarfszuweisungen II (Sanierungsbedarfszuweisungen) in der Gesamthöhe von 6,65 Millionen Euro bewilligt.
- Weiters wurden aus Mitteln der Bedarfszuweisungen 2012 Beihilfen für Gemeinden in der Gesamthöhe von rund 67,4 Millionen Euro als Bedarfszuweisungen III (Förderung außergewöhnlicher Erfordernisse der Gemeinden) genehmigt.
- Zur Förderung des Einkaufens in Stadtzentren (NAFES) wurde für ein Vorhaben ein Landesbeitrag von rund 166.667 Euro genehmigt.
- Als Maßnahme der überörtlichen Raumordnung wurden für Gemeinden in ganz Niederösterreich Beihilfen in der Gesamthöhe von rund 1,67 Millionen Euro bewilligt.
- Gemäß dem Zentrale-Orte-Raumordnungsprogramm wurden Beihilfen in der Gesamthöhe von 210.000 Euro für 11 Gemeinden genehmigt.
- Die Stadtgemeinde Stockerau wird bei der Errichtung des Radwegeprojektes „Radweg entlang der Landesstraße L 1130“ gemäß der Richtlinie zur Förderung von Radwegen mit einer nicht rückzahlbaren Beihilfe in der Höhe von bis zu 106.700 Euro gefördert.
- Die Stadtgemeinde Kirchsschlag erhält für die Errichtung des Radwegeprojektes „Radweg entlang der Landesstraße L 147“ eine Beihilfe in der Höhe von bis zu 98.000 Euro.
- Die Gemeinde Behamberg wird bei der Errichtung des Radwegeprojektes „Radweg entlang der Landesstraße L 169 - Teil III“ mit einer Beihilfe in der Höhe von bis zu 87.700 unterstützt.
- Zwei Feuerwehren in Niederösterreich erhalten für den Ankauf von Hilfeleistungsfahrzeugen Förderungen in der Gesamthöhe von 153.000 Euro.
- Weiters wurde die Bereitstellung von Landesmitteln in der Höhe von 490.000 Euro für die Umsetzung der Maßnahmen zur Unterstützung von Vermarktungsaktivitäten, zur Stärkung des ländlichen Raumes, des Images heimischer Produkte und zur Verbesserung der Konsumentenakzeptanz sowohl im In- als auch im Ausland beschlossen.



**Presseinformation**